

Peter Bußjäger



Ein neues Amt als Verwaltungsreform!

Die Regierung hat in ihrer jüngsten Klausur auf dem Semmering ein 90-Punkte-Programm beschlossen, mit dem der scheinbare Stillstand der Regierungsarbeit überwunden werden soll. Darin finden sich etwa Vorschläge zur Einführung von neun Verwaltungsgerichten in den Ländern und zwei solchen Gerichten im Bund, durch welche ungefähr 100 Sonderbehörden in ganz Österreich überflüssig würden. Eine ganz nette Idee, die zur Bereinigung der Behördenlandschaft führt und Synergien ermöglicht. Nun könnte man darüber lästern, dass diese nette Idee schon seit ungefähr 20 Jahren herumgewälzt wird, aber

„

Eine einzige
Stelle in ganz
Österreich? Den
Betroffenen
wünsche ich viel
Vergnügen.

das wäre so sinnvoll, wie einem Raucher, der sich das Rauchen abgewöhnen will, vorzuwerfen, dass er es seit 20 Jahren nicht geschafft hat. Daher möchte ich stattdessen der Bundesregierung Mut zum Weitermachen zusprechen.

Weniger Erfreuliches kommt aus dem Gesundheitsministerium: Von wegen Modellregion Vorarlberg als Pilotversuch für eine Finanzierung und Organisation des Spitalsbereichs aus einer Hand! Der Minister will vielmehr

ein einziges bundeseinheitliches Spitalsgesetz, womit die Landeskompetenz in diesem wichtigen Bereich weitgehend ausgeschaltet wäre. Zum Glück hat der Vorarlberger Landtag in seiner letzten Sitzung einstimmig (!) beschlossen, diesem Ansinnen entgegen zu treten, sodass man wohl annehmen darf, dass sich die Abgeordneten aller Fraktionen für die Erhaltung der Landeskompetenz engagieren werden, oder etwa nicht?

Das stärkste Stück liefert allerdings das neu zu schaffende Bundesamt für Asyl und Migration. Laut O-Ton Bundesregierung ist „das BAM eine große Verwaltungsreform. Mit der Umsetzung des BAM sollen Verfahren deutlich verkürzt und vereinfacht und die Aufgaben von derzeit 194 Behörden auf eine Verwaltungseinheit übertragen werden.“

Na BUM! Ein neues Amt als Resultat der Verwaltungsreform! Nun, wer zwischen den Zeilen liest, weiß, dass die 194 Behörden (gemeint sind damit u.a. die Bezirkshauptmannschaften und Bundespolizeibehörden) natürlich nicht abgeschafft werden, sondern dass die Vollziehung des Fremdenrechts auf eine einzige Stelle verlagert wird. Eine einzige Stelle in ganz Österreich? Den Betroffenen wünsche ich viel Vergnügen! Zur Klarstellung: Betroffen sind nicht nur die berüchtigten anatolischen Bauern, sondern beispielsweise auch Unternehmen in Vorarlberg, weil der indische Softwareentwickler, der hier dringend gebraucht würde, schon längst woanders ist, bis das BAM endlich entschieden hat.

Zurück bleibt also ein zwiespältiges Resultat der Regierungsklausur: Wenn sich der Raucher sein Laster schon nicht abgewöhnen will, so sollte er wenigstens nicht noch mehr rauchen als früher!

VN 4./5.6.2011

peter.bussjaeger@vn.vol.at

Peter Bußjäger ist Direktor des Vorarlberger Landtages und leitet das Institut für Föderalismus in Innsbruck.

Die VN geben Gastkommentatoren Raum, ihre persönliche Meinung zu äußern. Sie muss nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.